

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger- und die Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 23.

Verleger: Die Anzeiger- und die Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 23.

Verleger: Die Anzeiger- und die Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 23.

Nr. 268

Sonntag, den 17. November 1929

24. Jahrgang

Die Politik der Woche

Die Jahrestagsrede des Präsidenten Hoover. — Vor der zweiten Haager Konferenz — Juden und Araber — Bauernflucht aus Rußland

Am ersten Jahrestag des Waffenstillstandes hielt Präsident Hoover auf einer Tagung des Verbandes der amerikanischen Kriegsteilnehmer eine Rede, die in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregte. Der Präsident setzte sich dafür ein, daß die Abrüstung zur See sich äußerlich drastisch gestalten möge. Die Seemächte der Gegenwart brauchen jetzt nur zu sagen, wie weit sie mit ihren Marinestärken heruntergehen wollten. Die Grenze, die jene Mächte zu bestimmen haben, kann für uns gar nicht tief genug liegen. Schon seit vielen Jahren und auf Grund bitterer persönlicher Erfahrungen, erklärte Präsident Hoover, bin ich der Ansicht, daß Lebensmittelschiffe während eines Krieges vollkommen freien Weg haben sollten. Ich würde alle Schiffe, die nur Lebensmittelschiffe sind, in dieselbe Kategorie wie die Hospitaltschiffe einreihen. Die Zeit ist jetzt gekommen, wo wir die Auswanderung von Frauen und Kindern nicht mehr als Kriegsmittel benutzen dürfen. Diese Anregung fand in allen deutschen Gauen ein lebhaftes Echo. Gerade wir Deutsche litten ja unter der Auswanderung und Blockade des Feindlandes während des Weltkrieges und sogar nach dem Waffenstillstand, da die Engländer nicht auf ihr Blockaderecht verzichten wollten. Wir wünschen heute den Amerikanern besten Erfolg bei ihren Bemühungen um ein neues und zeitgemäßes, internationales Recht zur See.

Die bevorstehende Abrüstungskonferenz der fünf Seemächte in London dürfte sich freilich mit der Frage der Freiheit der Meere noch kaum befassen, da vorerst nur Abrüstungsfragen auf der Tagesordnung stehen. Im übrigen ist es zweifelhaft geworden, ob diese Konferenz schon in den ersten Januar tagen zusammentritt. Steht doch gegenwärtig noch nicht einmal der Termin der zweiten Haager Konferenz fest. Wohl kommt aus Paris die Meldung, daß Ministerpräsident Lardieu persönlich die französische Delegation führen wird, was höchstwahrscheinlich den deutschen Reichsminister Müller veranlassen wird, nach dem Haag zu reisen, doch wissen wir sowohl von Briand wie von der gesamten französischen Regierungspresse, daß das Kabinett Lardieu es für ungewiss hält, nach dem Haag zu ziehen. Bevor nicht bei uns das Urteil des Volkes über das Jugenbergsche Volksbegehren gegen den Youngplan gefallen ist. Wohl unterstützen die Engländer die deutsche These auf Einberufung der zweiten Haager Konferenz in der ersten oder zweiten Dezemberwoche, doch ist die Entscheidung in Paris noch nicht gefallen. Mit Genugtuung können wir jedoch feststellen, daß der Baden-Badener Ausschuss mit seinen Arbeiten zu Ende kam, und die Statuten der Reparationsbank fertig sind.

Unter den vielen Sorgen des englischen Arbeiterkabinetts ist nicht die geringste die Palästinafrage. Schon 14 Tage untersucht eine besondere Kommission die Vorgänge, die zu den blutigen Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden führten, die immer noch nicht aufhören wollen. Die Kommission hat keine leichte Arbeit, denn die drei Parteien, die Regierung Palästinas, die Araber und die Juden haben der Kommission gleich nach ihrem Zusammenritt ein gedrucktes Material unterbreitet, das weit über 2000 Druckseiten umfaßt. Jede Partei verfügt über erstklassige Rechtsanwälte, die ihre Interessen vor der hohen Kommission vertreten. In den letzten Tagen hat sich die Kommission auf Reisen begeben, um an Ort und Stelle die Zwischenfälle zu untersuchen und die zerstörten Siedlungen zu sehen. Es handelt sich im ganzen um fünf kleinere Dörfer und die jüdischen Viertel in Hebron und Safed sowie um einzelne Häusergruppen Jerusalems, die der Herrschaft anheimfielen. Die Wiederaufbaupläne liegen bereits vor, doch ist noch keineswegs ausgemacht, wer die Kosten bezahlt.

Aus Sowjetrußland kamen in den letzten Tagen Meldungen von großen Bauernwanderungen. Nicht weniger als 50 000 Griechen, die hauptsächlich im Kaukasus und in der Krim wohnen, bestürmen das griechische Konsulat in Moskau, um Pässe für die Auswanderung nach Griechenland zu erhalten. Es handelt sich hauptsächlich um Bauern, vornehmlich Tabakpflanzer, sowie um einige Handwerker und Kaufleute. Bisher haben erst 3000 Griechen Pässe erhalten, doch warten 12 000 Familien noch auf die Erlaubnis in ihre frühere Heimat zurückkehren zu dürfen. Alle diese Griechen wohnen seit mehreren Generationen in Rußland, doch haben sie ihre griechische Staatsangehörigkeit beibehalten. Das ist bekanntlich von den deutschen Bauern nicht zu malen, die jetzt aus

Sibirien auf dem Wege in ihre alte Heimat sich befinden, zum Teil bereits angelangt sind, denn sie haben vor bald 200 Jahren die russische Staatsangehörigkeit in ihren Vorfahren erlangt. Da sie aber die deutsche Sprache, deutsche Sitten und Lebensgewohnheiten beibehalten, betrachtet es die Reichsregierung als eine natürliche und moralische Pflicht, diesen deutschstämmigen Bauern zu helfen. Das Rote Kreuz hat sich bereits tatkräftig für sie eingesetzt, ein öffentlicher Aufruf bittet um Gelder für die schwer heimgefuhrten

Auswanderer und die Reichsregierung erklärte sich bereit, nach Kräften zu helfen. Viele dieser Auswanderer wollen nach Kanada weiterziehen und dort sich eine neue Heimat schaffen. Die kanadische Regierung hat jedoch bisher noch keine Einreiseerlaubnis gegeben, da sie ihrerseits nicht die Pflicht anerkennt, diese russischen Bauern über den Winter zu ernähren. Hier wird jedenfalls das deutsche Volk und seine Regierung eingreifen, um diesen Bauern, die Sowjetrußland wirtschaftlich ruinierte, über den Winter hinwegzuhelfen.

Die Not der Ostmark

Die Provinzialverwaltungen der Ostprovinzen Mecklenburg, Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommern hatten gemeinsam die Vertreter der deutschen Nachrichtenbüros zu einer Besichtigung der unmittelbaren östlichen Grenzgebiete eingeladen. Die Fahrt durch die Grenzgebiete entrollte geradezu erschütternde Bilder von der Not im Osten. In der 30 Kilometer-Zone längs der Grenze sah man viele Hunderte von Fabriken, die zusammen über 100 000 Arbeiter beschäftigt haben und die heute stillliegen und teilweise abgebrochen werden. In einer ganzen Reihe einst blühender Städte sind sämtliche Industriebetriebe stillgelegt. Die Arbeiter wandern nach dem Westen ab, da sie andere Arbeitsmöglichkeiten im Osten nicht finden, und so tritt eine immer größere Entvölkerung des schwach besiedelten Ostens ein, der das ganze Grenzgebiet nationalpolitisch auf das schwerste gefährdet. Auch kulturpolitisch ist die Not ungeheuer. Im Kreise Flatow, der als einziger Ostkreis eine sechs Prozent betragende polnische Minderheit hat, tritt das ganz besonders hervor. Während die 19 polnischen Minderheitsschulen fast reiflos in neuen ausgezeichneten Gebäuden untergebracht sind, befinden sich die deutschen Schulgebäude in einem derartigen Zustand, daß sie wegen Baufälligkeit stellenweise baupolizeilich gesperrt werden mußten. Der Unterricht in einem Dorfe mußte monatlang unter dem freien Himmel stattfinden, jetzt wird er in einem Schweinestall abgehalten. In den anderen Schulen befinden sich in den Hauswänden große Löcher, die Schulräume besitzen keine Fußböden, Lehrerwohnungen sind nicht vorhanden, so daß z. B. eine sechsköpfige Lehrerfamilie in einem von einer Schulkasse abgetrennten Verschlag wohnen muß. Die Schlafstellen für die Kinder befinden sich auf einem Hängeboden. Ähnlich sieht es in allen Orten aus. Mittel für den Schulbau stehen nicht zur Verfügung. Das Steuerertrögen aus den rein bäuerlichen Gemeinden beträgt bei der ungeheuren Grenznot 0,00 Prozent. Alle Forderungen sind bisher ungehört verhallt. In besonders traurigem Zustande befinden sich die Schnitlerasernen und Landarbeiterwohnhäuser auf den staatlichen Domänen. Die Wohnverhältnisse sind so schlimm, daß selbst die polnischen Wanderarbeiter, die gewiß genügsam sind, auf den Domänen nicht mehr arbeiten wollen. Der Neubau von Landarbeiterwohnungen auf den Staatsdomänen ist bisher unterblieben.

In Schneidemühl hielt der Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. Caspari (Sozialdemokrat)

einen Vortrag vor den Journalisten über die furchtbare Grenznot. Er schilderte im einzelnen die kulturellen, wirtschaftlichen und Berufsstände und berichtete über die Aufbauarbeit, die bisher unter den größten Anstrengungen und schwersten Opfern geleistet worden ist, die aber nur einen geringen Bruchteil dessen darstellt, was notwendig ist. Landeshauptmann Dr. Caspari klagte über das mangelnde Verständnis, das die verantwortlichen Stellen im Reich und in Preußen dem Osten entgegenbrachten. Der Osten fordere, daß mit gleichem Maße gemessen werde. Das Westprogramm sei für den Osten ein Schlag ins Gesicht. Im Osten seien Aufgaben zu erfüllen, von denen das Schicksal nicht nur der nächsten Generation, sondern des ganzen deutschen Volkes abhängig sei. Der Osten könne es daher nicht verstehen, daß jetzt ein Westprogramm mit erheblichen Mitteln für die Westgebiete aufgestellt werde, während der Osten völlig leer ausgehe. In der Ostmark werde man jetzt allmählich milder, immer nur Hilfe zu fordern, wenn diese Forderungen ungehört verhallen. Es müsse eine gewisse Mißbilligung und Erbitterung erwachen, wenn im Westen mit vielen Millionen RM Kosten große Ausstellungen veranstaltet werden, während im Osten die allerdringlichsten Aufgaben zurückgestellt werden müßten. Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen sei eine überaus

bäuerliche Provinz. Wenn man die Provinz überhaupt gegen Polen halten wolle, so müsse man den Landarbeiterwohnungsbau mit allen Mitteln fördern. Nur so könne die katastrophale Abwanderung, die den Osten entvölkere, abgedämmt werden. Ebenso müßte man ernstlich mit der Siedlung beginnen. Die nationalpolitische Gefährdung im Kreise Flatow könne mit einem Male behoben werden, wenn der preussische Staat die sieben großen Staatsdomänen in diesem Kreise, die direkt an der Grenze liegen und ein polnisches Einbruchgebiet schlimmster Art darstellen, zur Siedlung freigäbe. Der Boden sei zur Siedlung ausgezeichnet geeignet. Leider sei es trotz siebenjähriger Bemühungen infolge des Bürokratismus und des mangelnden Verständnisses verantwortlicher Stellen für Ostfragen nicht gelungen, die Domänen frei zu bekommen, obwohl die Pächter sich gern abfinden lassen würden. Das Wort von einem Walle deutscher Bauern an der Ostgrenze, der so dringend notwendig zur Haltung der Grenze gegen das andringende Polentum sei, sei bisher ein leerer Begriff geblieben. Eine Gesundung der Verhältnisse im Osten sei abhängig von der Lage der Landwirtschaft. Der Redner erklärte wörtlich: „Die Landwirtschaft im Osten kann keinen weiteren Schlag mehr vertragen. Der Handelsvertrag mit Polen ist nach dem, was bisher über ihn bekannt geworden ist, für die Landwirtschaft völlig unannehmbar. Wir müssen von Regierung und Parlament verlangen, daß kein Vertrag abgeschlossen wird, der der Landwirtschaft untragbare Opfer auferlegt. Die Landwirtschaft darf nicht geopfert werden, weil sie die Lebensbedingungen für den Osten schafft. Wenn nicht tiefe Staatsverdröppelheit im Osten Platz greifen soll, eine Staatsverdröppelheit, die verhängnisvoll für den ganzen preussischen Staat werden kann, dann muß die Regierung auf schnellstem Wege helfen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß der Osten verloren ist, wenn nicht jetzt in letzter Stunde Hilfe kommt. Wir verlangen nichts Unmögliches, aber wir fordern, daß man unsere Not beachtet. Wir müssen verlangen, daß Reich und Staat ihr Gesicht nicht nur nach dem Westen, sondern ganz besonders für die nächste Zeit nach dem Osten lenken. Die Zukunft Deutschlands liegt im Osten.“ Der Redner bezeichnete dann als die nächste Forderung für die deutsche Außenpolitik die Rückgewinnung des Reichsleitkorridors. Er unterzeichnete nochmals die Worte des Ministers Orzeski bei der Einweihung des Schneidemühlener Regierungsgebäudes: Deutschland werde niemals seinen Anspruch auf die verlorenen Gebiete aufgeben und es immer als die wichtigste Forderung betrachten, die verlorenen Ostgebiete einmal wieder zurückzuführen zum Deutschen Reich.

Für Ansiedlung der russischen Flüchtlinge im deutschen Osten!

Angesichts der furchtbaren Notlage der vor Moskau liegenden deutsch-russischen Bauern, mit deren Schicksal sich seitern der Reichskanzler und die Parteiführer eingehend beschäftigten, haben sich auch private Kreise zusammengefunden, die neben der amtlichen Hilfsaktion des Reiches eine großzügige Aktion des deutschen Volkes propagieren, um die Ansiedlung der deutschstämmigen Bauern im deutschen Osten zu ermöglichen. Ein Ausschuss, in dem die Professoren Brand und Kereboe von der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, der Präsident der Preussischen Genossenschaftsliste Klepper, Universitätsprof. Sering und andere vertreten sind, veröffentlichen einen Aufruf, in dem es heißt: „Siedlungsferdiges Land ist in Ostpreußen, Grenzmark, Posen, Westpreußen, Pommern und Schlesien in den Händen der Siedlungsgesellschaften und des Staates ausreichend vorhanden. Es handelt sich um etwa 2000 bis 2500 Familien, deren Unterhaltung bis zum Frühjahr bei der Bedürftigkeit dieser Leute mit zwei bis drei Millionen Reichsmark zu bestreiten ist. Es muß erreicht werden, den Bauern Arbeitsmöglichkeiten für den Sommer zu sichern und sie im Laufe des nächsten Jahres endgültig im Osten anzusiedeln.“